

Verbändeübergreifendes PiA-Politik-Treffen am 15.03.2012 in Berlin:

„Gemeinsam sind wir stark“

Was wollen und können wir Aktive in der PiA-Politik bezüglich der Ausbildung gemeinsam erreichen?

__ Berliner Agenda Psychotherapieausbildung __

Organisation: Ariadne Sartorius (bvvp), Kerstin Sude (DPtV),
Katharina Röpcke (PfgB), Jean Rossilhol (VPP)

Moderation: Britta Pfennig

Protokollantin: Katharina Röpcke

Berliner Agenda Psychotherapieausbildung: Zusammenfassung

Die Teilnehmer/innen des verbändeübergreifenden Treffens der PiA-Politik am 15.03.2012 in Berlin machen folgende Empfehlungen zur Verbesserung der Ausbildungssituation der PiA:

1. Vergütung der Praktischen Tätigkeit

- a) PiA und approbierte Psychotherapeuten sollen im neuen PsychEntgeltG verankert werden.
- b) PiA, die sich für tarifliche Bezahlung und Verbesserung ihres Curriculums in ihren Kliniken einsetzen, sollen möglichst breit unterstützt werden.
- c) Der ver.di-Mustervertrag soll bekannter gemacht werden.
- d) Ein Rechtsanspruch auf Vergütung soll mit den PiA erkämpft werden. Große Teile der Profession sollen dies unterstützen.

2. Stärkung der Verhandlungsposition von PiA in der berufsständischen Selbstverwaltung und den Ausbildungsinstituten

- a) PiA sollen ab Beginn der Ausbildung vollberechtigte Pflichtmitglieder in den Landespsychotherapeutenkammern werden. Die hierfür teilweise notwendigen Gesetzesänderungen sollen umgehend mit den gesundheitspolitischen Sprecher/innen der Parteien im Landtag und den Psychotherapeutenkammern erörtert werden.
- b) Die Bundeskonferenz PiA soll ein eigenes Budget erhalten. Es werden 10.000 Euro p.a. empfohlen.
- c) Es soll eine Internetseite der Bundeskonferenz PiA geben, auf der u.a. die Preise aller Ausbildungsinstitute transparent und vergleichbar dargestellt werden.
- d) Aufbau einer PiA-Beschwerdestelle / eines Ombudsverfahren für PiA, das für alle Ausbildungsabschnitte gilt.
- e) Die Bundeskonferenz PiA wird durch den neu entstandenen PiA-Verbund, dem ersten verbändeübergreifenden Treffen aus interessierten Aktiven der PiA-Politik, gestärkt. Der Verbund soll sich halbjährlich treffen, als nächstes im Sept. 2012.

3. Ausbildungsreform

- a) Im Verbund wird kein abschließendes Urteil bezüglich der Direktausbildung gefällt. In jedem Falle sollten Ausbildungsmindestanforderungen (best practice) entwickelt und die Einhaltung kontrolliert werden. Eine Direktausbildung und ihre Evaluation ist als Modellprojekt gut vorstellbar. Bei einer postgradualen PT-Ausbildung besteht die Einigkeit in der Forderung des Masters als Zugangsvoraussetzung.
- b) Die bestehenden Modelle der Reform sollen mit der Brille der PiA-Freundlichkeit unter die Lupe genommen werden, um zu gewährleisten, dass nicht noch einmal ein für PiA nachteiliges PsychThG verabschiedet wird.
- c) Die offenen Fragen bezüglich der Direktausbildung tangieren die Notwendigkeit, weiterhin die Novellierung durch Protestaktionen einzufordern, nicht.

4. Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung

- a) Um das Problem der PiA bei möglichst vielen Menschen bekannt zu machen, soll ein professioneller, aufklärerischer Videoclip produziert, bei youtube eingestellt und über Mailingslisten u.a. veröffentlicht werden.
- b) Eine Demo wird erst organisiert wenn es einen „passenden“ Anlass gibt, bspw. wenn die Bund-Länder-Kommission tagt.
- c) Um die Basis und die zukünftigen PiA in den Protest mit einzubeziehen, sollen Infobroschüren erstellt und an Instituten sowie auch Universitäten verbreitet werden.

Berliner Agenda Psychotherapieausbildung: Ausführliche Fassung

Dieses verbändeübergreifende Treffen haben wir organisiert, um die Stimmen der lauten PiA-Proteste des Winters 2011 nicht verhallen zu lassen und gemeinsam mit möglichst vielen Aktiven der PiA-Politik Strategien zu entwickeln. Wir freuen uns sehr über die breite Resonanz, die wir auf unsere Einladung erhalten haben. Umso mehr aber freuen wir uns darüber, wie konzentriert und konstruktiv gearbeitet wurde, so dass wir heute diese reichhaltigen Ergebnisse vorstellen können.

Teilnehmer/innen (Liste bei den Veranstalter/innen)

Vertreten waren engagierte Studierende, PiA, PiA-Sprecher/innen von zahlreichen Instituten und Verbänden, wie auch PiA-Sprecher/innen der Bundeskonferenz PiA.

Des Weiteren waren Aktive der Berufspolitik verschiedener Verbände, ein wissenschaftlicher Referent der Bundespsychotherapeutenkammer, sowie zwei Vertreter/innen von Verdi zugegen. Es waren alle wissenschaftlich anerkannten Verfahren vertreten, sowie PP und KJP.

Ausgangsfrage: Welche Erwartungen ...

Sie galten

1. der Schaffung von Transparenz bezüglich der bestehenden politischen PiA-Vertretung, sowie ihrer Weiterentwicklung und Verbesserung,
2. dem Austausch von Positionen, insbesondere über die Gesetzesnovellierung und die Direktausbildung, sowie dem Wunsch, eine gemeinsame Position zu entwickeln, unter Berücksichtigung der Abschaffung von Ausbeutung der PiA und Schaffung von Gerechtigkeit im Berufsstand, der Zukunft der KJP, der Verfahrensvielfalt, der zukünftigen Berufsfelder von PP und KJP, der Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund,
3. dem Schaffen eines Aktionsplanes für 2012
4. der gegenseitigen Solidarisierung und Vernetzung der Akteure über die Verbands- und sonstigen Institutionsgrenzen hinweg
5. der Orientierung im Handlungsfeld der PiA-Politik mit dem Ziel der Multiplikation vor Ort

A. Reform der Psychotherapeutenausbildung: Rückblick und Perspektiven

Johannes Klein-Heßling, BPtK

Herr Klein-Heßling explizierte die Kernprobleme der aktuellen Situation und schilderte dann die bisherigen politischen Bemühungen aus Sicht der BPtK um eine Verbesserung der Lage seit 2004. Er warb für den Beschluss des 16. DPT, der auf Grundlage eines ausführlichen Verständigungsprozesses unter den Berufs- und Fachverbänden entstand. Er plädierte für eine breite und aktive Unterstützung des Beschlusses des 16. DPT und ermutigte die PiA dazu, ihren Unmut klar zu äußern, nicht zuletzt, weil die Aktionen der PiA eine sehr gute Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten können. Sollte der Berufsstand zu wenig Einigkeit zeigen, könne dies die Umsetzung der Novellierung für den Gesetzgeber verkomplizieren und die Prozess behindern.

Herr Klein-Heßling wies darauf hin, dass noch nicht absehbar sei, ob die Psychotherapeutenausbildung noch in dieser Legislaturperiode reformiert werde. In Planung sei bisher lediglich die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission.

Zu den Inhalten der Reform berichtete Herr Klein-Heßling, dass der Berufsstand den Master als Zugangsvoraussetzung fordere, während jedoch die Kultusminister der Länder diese Mindestanforderung ablehnten. Er sagte zudem, die BPtK befürworte eine rasche Reform der postgradualen Ausbildung und lehne die Direktausbildung als nächsten Reformschritt ab. Das Gesundheitsministerium habe Sympathie für eine Direktausbildung, es gebe jedoch bislang keine Vorentscheidung für diese.

B. Eingangsstatement der PiA für gerechte Bedingungen!

Katharina Röpcke

Katharina Röpcke beschrieb, wie die Rechtlosigkeit in der Ausbildung ausbeuterische Arbeits- und Lernbedingungen in den Kliniken und in den Ausbildungsinstituten zulasse. Diese Situation führe dazu, dass anstelle einer aktiven Auseinandersetzung mit ihrem neuen Beruf und der Entwicklung von kollegialen Beziehungen zu den ärztlichen Kollegen, PiA dazu gezwungen sind, ihre Kraft darauf zu verwenden, Strategien des Aushaltens zu entwickeln.

Sie stellte daraufhin dar, dass die prekäre Ausbildungssituation nicht nur Konsequenzen für die einzelnen PiA, sondern auch negative Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Fachlichkeit des gesamten Berufsstandes habe. Eine verbesserte Ausbildungssituation habe dagegen das Potential, die Stellung des Berufsstandes im Gesundheitswesen zu stärken und voranzutreiben.

Sie betonte dabei, dass für eine Verbesserung der Lage ein gemeinsames Handeln notwendig sei und die Verantwortung nicht auf die Entscheidung einzelner abgewälzt werden könne.

Arbeitsergebnisse

Auf Grundlage der eingangs gesammelten Erwartungen wurden Arbeitsgruppen zu 6 Themen gebildet. Gearbeitet wurde zur Frage: "Was kann die PiA unterstützen?"

AG I Vergütung der Praktischen Tätigkeit

Um eine Bezahlung der PiA in der praktischen Tätigkeit zu erreichen, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Vergütung durch eine Novellierung des PsychThG.
2. Verankerung der PiA als Berufsgruppe im pauschalierenden Entgeltsystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (PsychEntgeltG).

Das PsychEntgeltG wird die Kostenerstattung der Psychiatrie analog zur somatischen Medizin. Der Gesetzesentwurf wurde im Januar verabschiedet. In der bestehenden PsychPV werden PiA und approbierte Psychologen bisher nicht erwähnt. Im Gesetzesentwurf des PsychEntgeltG werden sie jedoch wieder nicht aufgeführt. Ihre Erwähnung würde aber die Forderung nach einer tariflichen Bezahlung sehr unterstützen. Man könnte dann auch besser dafür kämpfen, dass PiA aus dem Ausbildungsbudget, aus dem die Ausbildung der Pflege bezahlt wird, bezahlt werden. Entwurf Download: http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Downloads/P/Psych-Entgeltgesetz/PsychEntgeltG_120118.pdf (ab Seite 33).

Das neue Abrechnungssystem OPS ermöglicht zudem eine transparente Darstellung der Tätigkeit der PiA, da darin genau erfasst wird, welche Leistungen und von wem pro Patient/in erbracht werden. Es wird explizit festgelegt, dass nur Leistungen in der Abrechnung anerkannt werden können, die von regelhaft angestelltem PiA erbracht werden.

3. Den Mustervertrag für die Praktische Tätigkeit von Ver.di unter den zukünftigen PiA bekannt machen, um vertragliche Mindeststandards zu gewährleisten. Allerdings muss jede/r PiA selbst versuchen, diesen Vertrag von ihrer/seiner Klinik unterschrieben zu bekommen.
4. Das Erstreiten einer tariflichen Regelung. Dies erfolgt durch betroffene PiA an ihren Kliniken, dies mit möglichst großer Unterstützung von ver.di, den Berufsverbänden,

Weiterführende Fragen:

- Welche Strategien genau führen zu einer Verankerung der PiA im neuen PsychEntgeltG?
- Wer möchte sich für die Umsetzung dieses Ziels einsetzen?
- Wer kümmert sich darum, den ver.di-Mustervertrag bekannt zu machen, und wie?

AG II Kostentransparenz der privaten Institutsausbildung und Stärkung der BuKo

Um die Verhandlungsposition von PiA gegenüber ihren Ausbildungsinstituten zu verbessern und die Bundeskonferenz PiA zu stärken, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Beantragen eines Budgets für die Buko-PiA von jährlich 10.000 Euro auf dem nächsten DPT, in Kooperation von BuKo und Antragsberechtigten. Eine breite Unterstützung für den Antrag muss im Vorfeld in den Verbänden intern eingeholt werden. Schwierigkeit: Es gibt Landeskammern, die sich gegen die Finanzierung der BuKo sperren, da z.B. die Landeskammer bislang nicht für die PiA zuständig gewesen sei und die Kammerbeiträge Pflichtbeiträge und nicht ohne Weiteres „zweckentfremdet“ werden dürfen. Zum Teil werde eine „Überflutung“ und Kostensteigerung in den Kammern durch die PiA befürchtet.
2. Einrichten einer Webpräsenz der Bundeskonferenz PiA. Diese kann u.a. dafür genutzt werden, um das bundesweite Ausbildungsangebot der Institute anhand von Kriterien wie den Kosten transparent und vergleichbar zu machen, um eine Qualitätskontrolle einzuführen.
3. Einrichten einer PiA-Beschwerdestelle / Ombudsverfahren
4. Bekanntmachen dieser Institutsbewertung

Weiterführende Fragen:

- Wer schreibt den o.g. Antrag, wer vertritt ihn?
- Wo soll die Beschwerdestelle eingerichtet werden? Wer macht das? Die BuKo? Die BPtK, ...?

AG III Verbesserung der PiA-Organisation und -Vernetzung

Um die politische Organisation der PiA zu verbessern, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Schaffung eines PiA-Verbundes auf Bundesebene, mit Internetpräsenz. Organisation regelmäßiger Treffen, vergleichbar mit diesem ersten verbandsübergreifenden PiA-Politik-Treffen, die offen sind für alle Interessierten. Das nächste Treffen soll im Herbst stattfinden, zeitlich möglichst kurz vor der nächsten BuKo.
2. Kooperation des PiA-Verbundes mit der in den Kammern gewählten PiA-Vertretung (BuKo). Hierfür wählt der PiA-Verbund in einem regelmäßigen Turnus zwei Vertreter/-innen, welche an den Sitzungen der BuKo teilnehmen. Ihre Aufgabe wird es sein, Informationen aus dem PiA-Verbund in die BuKo und aus der BuKo in den PiA-Verbund zu tragen. Ferner sollen sie in der BuKo die demokratisch abgestimmten Positionen des PiA-Verbunds vertreten.
3. Die zwei demokratisch gewählten Vertreter/-innen des PiA-Verbundes und zwei Vertreter/-innen der BuKo sollen an den Treffen des Gesprächskreis II teilnehmen. Diese Teilnahme erscheint uns wichtig, weil im Gesprächskreis II die Forderungen der psychotherapeutischen Fach- und Berufsverbände an Entscheidungsträger/-innen des Gesundheitssystems abgestimmt und wichtige Hintergrundinformationen ausgetauscht werden. Dort werden außerdem zu zentralen gesundheitspolitischen Fragestellungen Arbeitsgruppen gegründet und Fachtagungen sowie Fachgespräche mit Entscheidungsträgern/-innen des Gesundheitssystems besprochen.

4. Verbesserung der Einbindung einer breiteren PiA-Basis, sowie auch Psychologie- und Pädagogikstudierender. Erstellen von Infobroschüren über die PiA-Vertretung, sowie über die PT-Ausbildung, Verbreitung dieser Infobroschüren in Universitäten und Ausbildungsinstituten.

Weiterführende Fragen:

- Wer organisiert das nächste Treffen? Wo wird es stattfinden?
- Soll die bestehende BuKo-Site „PiA-Verbund“ wiederbelebt werden? Bisher gibt es private oder verbandstragene PiA-Webauftritte.

AG IV Ausbildungsreform

Aufgrund der Vielzahl der Modelle und Bedenken in alle Richtungen, hat sich die Gruppe darauf geeinigt, Anforderungen zu definieren, die in jedem Fall, ob durch Direktausbildung oder ohne diese, umgesetzt werden soll.

1. Angemessene Vergütung aller praktischen Bestandteile
2. Qualität der Ausbildung sichern durch
 - die Festlegung des Master als Zugangsvoraussetzung
 - Spezifizierung der Lernziele und der Lehrmethoden (Anleitung und Supervision) für die Praktische Tätigkeit
 - Methodenvielfalt, Verfahrensvielfalt, interdisziplinären Zugang
3. Ausbildung für alle Versorgungssettings (ambulant, psychiatrische Kliniken, Beratungsstellen)
4. Statusklärung der PiA als unter Supervision heilkundlich Tätige, die damit an der Versorgung teilnehmen, unter Berücksichtigung des vorhandenen akademischen Abschlusses.
5. Berücksichtigung der im Studium erlernten wissenschaftlichen als auch versorgungsrelevanten Kompetenzen bei der Konzeption der postgradualen Ausbildung.

Weiteres Vorgehen:

Kritische Prüfung der vorhandenen Reformmodelle DGPs, DPT, ver.di anhand der Kriterien. Der Sprecher der BuKo, Robin Siegel, stellt sich zur Verfügung, die unterschiedlichen Gruppen, die sich aktuell mit den Reformentwürfen auseinandersetzen, zusammenzuführen. Ziel ist die Entwicklung einer fundierten PiA-Ausbildungsreform-Position, mit der man sich an das BMG wenden kann.

Derzeit keine Entscheidung für ein Modell, trotzdem weiter mit „Krach“ auf die problematischen Ausbildungsbedingungen aufmerksam machen.

AG V Platzierung von Aktionen

Um auf die prekäre Situation der PiA aufmerksam zu machen, sind folgende Maßnahmen geplant:

1. Möglichst professioneller Videoclip (Satire?) zur Lage der PiA erstellen, u.a. bei youtube einstellen, hohe Verbreitung. Kostendeckung möglichst über PiA und Verbände erwirken. Auf diese Weise soll die prekäre Situation der PiA leicht und niedrigschwellig für die Öffentlichkeit, Politik, die Betroffenen, ... (alle möglichen Computernutzer/innen) wahrnehmbarer werden.
2. Eine Demo wird zunächst nicht geplant. Diesbezüglich wird auf einen günstigen und ggf. aufrüttelnden Anlass, wie z.B. die Bund-Länder-Kommission im Sommer/Herbst (Treffen von Gesundheitspolitikern des Bundes und der Länder als erstem Schritt zur Erörterung des PsychThG). Sollten sich weitere PiA dazu entschließen, ihre Arbeit nieder zu legen, könnte dies möglichst durch Demos im Bundesgebiet begleitet werden. Für die Mobilisierung zu einer größeren, bundesweiten Demo wäre es strategisch günstiger, nach Frankfurt/Wiesbaden zu gehen, da in Berlin täglich mehrere Demos stattfinden. In Frankfurt und Umgebung gibt es viele PiA, die Städte liegen zentraler, und es ist vermutlich leichter, auch überregionale Presse zu bekommen. Gegenstimme der Diskussion: es sei überall gleichschwer, überregionale Presse zu erhalten.

AG VI PiA in die Kammern

Um die demokratische Mitbestimmung der PiA zu verbessern, fordern die Teilnehmer/innen des Treffens, dass PiA in den Landespsychotherapeutenkammern ab Ausbildungsbeginn vollberechtigte Pflichtmitglieder werden sollen. Die Kammerbeiträge sollen sozialverträglich gestaltet sein.

Begründung:

1. PiA sind ab Ausbildungsbeginn unter Anleitung heilberuflich tätig. Die fachliche Aufsicht über diese Tätigkeit sollte bei den Kammern liegen.
2. PiA benötigen den Schutz der Kammern, bspw. in der Auseinandersetzung mit Patienten oder bei Konflikten mit den Ausbildungsinstituten. Kammern anderer Ausbildungsberufe, wie bspw. die Industrie- und Handelskammer, geben ihren Ausbildungskandidaten diesen Schutz z.B. per Schlichtungsausschuss.
3. PiA sind in der Profession zukünftige Kolleginnen und Kollegen, sie möchten an der Gestaltung ihres zukünftigen Berufes mitwirken.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Erheben des Ist-Zustandes der PiA-Kammerrechte
2. Mobilisierung von PiA und Verbänden für dieses Thema. Unterstützung durch die Kammern erwirken.
3. In den Ländern das Heilberufekammergesetz entsprechend ändern. Das Heilberufekammergesetz eines Landes wird zu bestimmten Anlässen verändert, wann steht also die nächste Änderung an? Die PiA und ihre Unterstützer/innen sollten sich, sowie man die jeweilige PTK an der Seite hat, mit dem Anliegen der Gesetzesänderung an die zuständigen gesundheitspolitischen Sprecher/innen der Parteien wenden. Diese sollten über Gespräche/ Briefe/ Mailing/ Faxe/...gebeten/aufgefordert werden, entsprechenden Änderungen zuzustimmen.